

■ Drucksachen

Der sowjetische Wissenschaftler Jewgenij Fjodorow befasst sich 1972 mit dem Verhältnis von Gesellschaft und Umwelt

■ Schwarzer Kanal

Die *Neue Zürcher* bringt die Handke-Kritik endlich auf den Punkt: Er und der Hitler-Verehrer Knut Hamsun sind gleich

■ Reportage

Deutsche Spuren: Neben der Verbundenheit mit Karl Marx sind in Kuba zahlreiche kulturelle Einflüsse erhalten geblieben

■ XYZ

Der Boehlich oder Die unerschöpfliche Geduld im Erklären: Zur Besonderheit einer legendären Heftkolumne. Von Stefan Gärtner



MARTIN GERTEN/DPA/PICTURE ALLIANCE

»Wir brauchen dauerhafte Lösungen statt Armutsverwaltung«

Ein Gespräch mit **Julia von Lindern** und **Hubert Ostendorf** ■ Über das wachsende Problem der Wohnungslosigkeit und den »Housing First«-Ansatz

Der Winter steht bevor. Ihr Verein »Fiftyfifty« unterstützt seit vielen Jahren Wohnungslose in Düsseldorf. Wie ist es in diesem Jahr um die Versorgung bestellt?

Julia von Lindern: Wir steuern sehenden Auges auf ein Chaos zu. Die Notunterkünfte in Düsseldorf waren bereits in den Sommermonaten fast vollständig ausgelastet. Nun wurden Notschlafstellen und andere Unterkünfte wegen Umbaumaßnahmen geschlossen, während gleichzeitig die Zahl der Obdachlosen steigt – nicht nur in Düsseldorf, sondern in der ganzen Bundesrepublik. Die Stadt hat kein langfristiges Konzept für die dauerhafte Versorgung und flickt immer nur dort mit Angeboten, wo die Not am größten erscheint.

Ab November soll eine neue, 130 Plätze fassende Notschlafstelle am Stadtrand von Düsseldorf eröffnen. Dort sollen



Julia von Lindern ...

... ist Diplomsozialpädagogin bei dem Düsseldorfer Verein »Fiftyfifty« und Lehrbeauftragte an der Hochschule Düsseldorf.



Hubert Ostendorf ...

... ist Diplomreligionspädagoge und Gründer sowie Geschäftsführer von »Fiftyfifty«

dann alle obdachlosen Menschen unterkommen – Männer, Frauen, Paare, Obdachlose mit Hunden, aus dem EU-Ausland. Bisher gab es unterschiedliche Notschlafstellen mit eigenen Konzepten, um den jeweiligen Bedürfnissen gerecht zu werden. Wie dies nun alles konfliktfrei

unter einem Dach stattfinden kann, ist schwer vorstellbar.

Nun kann man den jährlichen Kälteeinbruch zu dieser Jahreszeit schwerlich eine Überraschung nennen. Warum scheitert die Stadtverwaltung stets aufs Neue damit, sich

auf eine sachgerechte Versorgung der Wohnungslosen vorzubereiten?

J. L.: Zumindest ist der Druck auf die Stadt, Lösungen zu finden, deutlich zu spüren. Die Verantwortlichen rufen öffentlich sogar private Immobilienbesitzer dazu auf, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, da sie selbst keine bzw. nicht ausreichend passende Grundstücke oder Immobilien haben. Gleichzeitig geht der Ausverkauf städtischer Grundstücke an Konzerne, Investoren und Projektentwickler munter weiter. Diese Situation ist unfassbar – und das System dahinter heißt Kapitalismus.

Liegt es nicht auch an dem offensichtlich mangelnden Willen der Verantwortlichen, Wohnungslosen in dieser Gesellschaft eine Perspektive zu bieten?

Hubert Ostendorf: Man kann nur schwerlich zu einer anderen Bewertung

Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaft: Obdachlose bieten Kleinbürgern die Möglichkeit, sich der eigenen Existenz im Eigenheim zu erfreuen (Düsseldorf, 24.6.2013)

■ Fortsetzung auf Seite zwei

■ Fortsetzung von Seite eins

kommen. Über ein Jahr haben wir mit allen Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung gesprochen und verhandelt. Zehn Wohnungen wurden uns versprochen, passiert ist diesbezüglich bislang aber nichts. Statt dessen erleben wir im Umgang mit Obdachlosen einen so deutlichen Rückschritt, wie es ihn zuletzt unter dem früheren Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU, von 1999 bis 2008 im Amt, jW) gegeben hat. Erwin wurde damals für seine Null-Toleranz-Politik bundesweit bekannt und heftig kritisiert. Vor kurzem wurde eine »Platte« von Ob-

Bei uns in Düsseldorf gibt es etwa 300 obdachlose Menschen auf der Straße. Die Lage auf dem hiesigen Wohnungsmarkt ist für Suchende katastrophal. Wo schon Normalverdienende ein Problem haben, wird es für Menschen aus gesellschaftlichen Randgruppen mit geringem Einkommen noch schwieriger. In Düsseldorf ist es für Menschen, die chronisch wohnungslos oder schon länger drogenabhängig sind, fast unmöglich, eine eigene Bleibe zu finden. Würde die Stadt den Housing-First-Ansatz umsetzen, Obdachlose also direkt in eigene Wohnungen vermitteln, bräuhete sie lediglich 300 Einheiten.

Viele Betroffene weigern sich, Notschlafstellen aufzusuchen, und nächtigen unter freiem Himmel. Für Durchschnittsbürger ist das oft nur schwer verständlich. Was sind die Gründe?

J. L.: Die Gründe dafür sind vielfältig. Für Betroffene sind etwa Gewalt untereinander, Diebstähle oder die fehlende Privatsphäre ein Problem. Häufig widersprechen zudem die Regeln der Einrichtungen der Lebensrealität der Menschen. Oftmals muss man schon um 18 oder 20 Uhr dort sein und auch bleiben, wenn man übernachten will. Es herrscht Alkohol- und Rauchverbot. Als Paar wird man teilweise getrennt untergebracht. Und Hunde sind ebenfalls in einigen Einrichtungen verboten. Viele wollen sich nicht derart bevormunden lassen und entscheiden sich dann für ihre Partnerin, den Partner oder für den Hund.

H. O.: Die Hilfen müssen bedarfsgerecht sein. Die gegenwärtige Situation ist oftmals so, als wäre man als Vegetarier auf eine Party eingeladen, auf der nur Fleisch angeboten wird. Wem helfen Sätze wie »Niemand muss auf der Straße schlafen«, wenn es die Plätze theoretisch zwar gibt, sie aber nicht der individuellen Situation der Hilfesuchenden entsprechen?

Sind Notschlafstellen und Übernachtungsgutscheine für Hostels für Sie also nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems?

J. L.: Das sind kurzfristige Hilfen, die dem Problem auf Dauer nicht gerecht werden. Notschlafstellen sind nicht in Gänze falsch. Sie werden auch weiterhin notwendig sein, um kurzfristig zu helfen. Allerdings brauchen wir dringend einen anderen Fokus und eine Politik, die sich ernsthaft des Problems annimmt und Lösungen schafft.

Die Kommunalpolitik unterstützt Sie und Ihren Housing-First-Ansatz nicht. Mit welchen Argumenten leisten Sie Überzeugungsarbeit?

H. O.: Wir praktizieren den Ansatz seit fast vier Jahren. In dieser Zeit konnten wir durch Spenden für mittlerweile 60 langzeitobdachlose Menschen Wohnungen kaufen. Sie leben in ganz normalen Häusern, in denen niemand weiß, dass die dort Untergekommenen ehemals wohnungslos und auf der Straße waren. Das ist beste Integration, so funktioniert Schutz vor Diskriminierung. Ziel ist es, weitere Apartments für Wohnungslose zu kaufen. Deshalb hat »Fiftyfifty« zusammen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und mit Unterstützung des Landes NRW einen Fonds aufgelegt, der auch andere Organisationen in die Lage versetzen soll, Wohnungen zu kaufen und so Menschen von der Straße zu holen. Mit den Mitteln des Housing-First-Fonds werden Finanzierungsgrundlagen zum Ankauf von Wohnungen geschaffen – in der Regel 20 Prozent plus Kaufnebenkosten – sowie Umbaumaßnahmen mitfinanziert. Darüber hinaus werden kompetente Fachberatung und Begleitung geboten. Die Implementierung und Durchführung des Projekts wird durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW bis Ende November 2020 gefördert. 16 Organisationen der Wohnungslosenhilfe konnten seit Projektbeginn bereits für den Fonds gewonnen werden. Immerhin 32 Wohnungen, verteilt in ganz NRW, sind mittlerweile in der Kaufabwicklung, in Renovierung oder sogar schon bewohnt – ein großer Erfolg! Der Housing-First-Fonds wird durch den Verkauf von Kunst finanziell ausgestattet: Einer der weltweit am höchsten gehandelten Künstler, Gerhard Richter, spendete dem Projekt eine eigene Edition (18 Bilder, jW). Erwartet werden insgesamt Verkaufserlöse von mehr als einer Million Euro. Damit soll der Ankauf von bis zu 100 Wohneinheiten bezuschusst werden.

Selbstverständlich kann Wohnungslosigkeit auf diesem Weg nicht überwunden

werden. Da, wo seit langem schon der Staat versagt, springt »Fiftyfifty« sozusagen in die Bresche. Gerade in Zeiten, in denen AfD und andere Rechte die soziale Ausgrenzung weiter fördern, braucht es den Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe und in der Sozialpolitik. Mehr bezahlbarer Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten muss her. Denn einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben angesichts steigender Mieten und zunehmender prekärer Beschäftigung nicht mehr nur soziale Notfälle, sondern mittlerweile fast die Hälfte der Bevölkerung. Das ist der eigentliche Skandal.

Können Sie abschätzen, wie viele Wohnungen bundesweit für Obdachlose gebraucht würden? Bisher wird die Zahl der in Deutschland lebenden Wohnungslosen nicht statistisch erfasst, was sich Angaben der Bundesregierung zufolge, erst ab 2022 ändern soll.

J. L.: Dass es immer noch keine verlässlichen Zahlen gibt, spricht für sich. »Was nicht gezählt wird, zählt auch nicht«, sagt der Armutsforscher Christoph Butterwege. Schätzungen der »Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe« zufolge gibt es in ganz Deutschland etwa 860.000 Menschen ohne festen Wohnsitz (Zahl für das Jahr 2016, jW). Obdachlosigkeit ist hier nur die Spitze des Eisbergs. Wir brauchen Maßnahmen, die unverzüglich helfen, wie etwa mehr Wohngeld. Der Staat muss den sozialen Wohnungsbau ankurbeln. Am besten dadurch, dass er selbst Bauherr und später Eigentümer wird, wie in Österreich, um nicht wieder das Wohl und Wehe ausgegrenzter Menschen dem Profitstreben von Immobilienkonzernen auszusetzen. Es reicht außerdem nicht, bei einem Bauvorhaben einen bestimmten Anteil als sozial gefördert auszuweisen. Damit wird in erster Linie Menschen in mittelständischen Berufen geholfen, auch wenn das selbstverständlich richtig ist. Wir brauchen aber in jedem größeren Bauvorhaben eine eigene Quote von zehn Prozent für wohnungslose Menschen. Die Praxis zeigt: Trotz anteiliger Sozialbindung kommen Obdachlosen die bisherigen Quoten nicht zugute.

Ein weiteres Problem vieler Obdachloser ist die behördlicher Willkür.

H. O.: Es ist einfach nicht gerecht, wenn ein Obdachloser, der ein Straßenmagazin verkauft, ein Bußgeld wegen »aggressiven Bettelns« bezahlen soll. Und es ist auch nicht gerecht, wenn ein Obdachloser, der sich vor der Witterung mit einer Plane schützt, dafür noch bestraft wird, so wie dies in Düsseldorf und anderen Städten geschieht. So etwas ist und bleibt menschenverachtend. Das bestätigen übrigens alle Gerichtsentscheide in meiner 24jährigen Berufserfahrung. Bisher wurden bei uns immer alle Verfahren zugunsten der Betroffenen entschieden oder eingestellt.

Sie geben auch das Straßenmagazin Fiftyfifty heraus, das Wohnungslose verkaufen. Lässt sich dieses Modell vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung in dieser Form fortsetzen?

H. O.: Die Digitalisierung setzt auch Straßenzeitungen sehr zu. Während bürgerliche Medien auf Onlineausgaben ausweichen können, sind Straßenzeitungen auf den Verkauf draußen angewiesen. Die Verkäuferin und der Verkäufer mit der Zeitung in der Hand stehen zudem für eine bestimmte Botschaft: Hier bin ich und habe ein Recht, hier zu sein, und lasse mich nicht vertreiben. Straßenzeitungen sind auf ihre Auflage angewiesen. Zum Wohl derer, die sie verkaufen und zur Deckung der Kosten, die dem Verlag entstehen. Wenn Fiftyfifty einmal nicht mehr existieren sollte, wäre auch ein wichtiges Stück kritischer Gegenöffentlichkeit nicht mehr da. Dazu darf es nicht kommen. Daher mein Appell: Straßenzeitungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit kaufen, kaufen, kaufen.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

„ Die gegenwärtige Situation ist so, als wäre man als Vegetarier auf eine Party eingeladen, auf der nur Fleisch angeboten wird. Wem helfen Sätze wie »Niemand muss auf der Straße schlafen«, wenn es die Plätze theoretisch zwar gibt, sie aber nicht der individuellen Situation der Hilfesuchenden entsprechen?

dachlosen unter der Rheinbrücke durch Polizei und Ordnungsamt geräumt. Im Anschluss wurden Wackersteine platziert, damit dort niemand mehr nächtigen kann (jW berichtete). Damit hat sich die Stadt Düsseldorf – die vor fast zwei Jahren für viel Geld den stadteigenen Slogan »Nähe trifft Freiheit« entwickeln ließ – in ganz Deutschland einen Skandal eingehandelt und einen Marketing-GAU obendrein.

Muss es in einer überdurchschnittlich reichen Stadt wie Düsseldorf überhaupt Wohnungslose geben?

H. O.: Nein. Das Problem der Obdachlosigkeit in Düsseldorf wäre sogar verhältnismäßig einfach zu lösen. Dafür eignet sich der »Housing First«-Ansatz, den wir bei »Fiftyfifty« seit knapp vier Jahren umsetzen.

Worum geht es dabei?

H. O.: Housing First meint die Vermittlung von der Straße in die eigenen vier Wände, direkt und ohne Vorbedingungen. Sozialforscher bezeichnen das Phänomen der immer wiederkehrenden Obdachlosigkeit als »Drehtüreffekt«: rein in die Notwohnung und wieder raus – zumeist erneut auf die Straße. In der Situation drängt sich die Frage auf, warum Wohnungslose nicht dauerhaft von der »Platte« geholt werden. Dafür bräuhete es die richtigen Voraussetzungen, wie etwa in Wien, wo der Anteil an Sozialwohnungen mehr als 40 Prozent beträgt, zuzüglich etwa 20 Prozent Genossenschaftswohnungen. Dort ist öffentlich geförderter Wohnraum ausreichend vorhanden. Im Vergleich: In deutschen Großstädten liegt die Quote oft nicht einmal bei fünf Prozent, Tendenz sinkend – schließlich wurden in den letzten Jahren massenhaft preiswerter Wohnraum an Konzerne und Heuschrecken verschertelt.

Warum werden wohnungslose Menschen Ihrer Meinung nach nicht dauerhaft in Wohnungen vermittelt?

H. O.: Das bisherige Hilfesystem zielt darauf ab, Menschen über mehrere Stufen »wohnfähig« zu machen, zum finanziellen Nutzen derjenigen, die diese Hilfen – oft mit besten Absichten – anbieten. Doch was nutzt ein solches Stufenmodell von der Notschlafstelle über das »Trainingswohnen«, wenn am Ende der Markt keinen Wohnraum für Bedürftige zur Verfügung stellt? Überhaupt: Wie soll eine menschenwürdige Versorgung mit Wohnraum funktionieren, wenn man sie dem Markt überlässt? Und was für ein zynischer Ansatz ist es, Menschen die Fähigkeit zum Wohnen adressieren zu wollen? Schließlich: Wie sollten behelfsmäßige, oft schäbige Übergangsbehausungen dazu dienlich sein, die stadteigenen Ziele zu erreichen? Als ob das Wohnen ein Lernprozess sei und nicht in erster Linie ein Menschenrecht.

Bundesweit existieren so gut wie keine Einrichtungen, in denen sich Wohnungslose tagsüber aufhalten können. Warum ist das so?

J. L.: In vielen Städten gibt es ein differenziertes Hilfesystem für obdachlose Menschen. Diese reichen von Winternothilfen, Notschlafstellen, Überlebensstationen mit Dusch- und Waschmöglichkeiten über Tagesstätten, Suppenküchen oder spezielle Beratungsstellen. Oft sind Obdachlose ziemlich gut strukturiert, da das Leben auf der Straße sehr teuer ist. Dort können sie zum Beispiel keine Lebensmittel aufbewahren oder zubereiten, sondern sind auf Einrichtungen angewiesen. Wenn sie außerhalb der Öffnungszeiten kommen, müssen sie beispielsweise in Bäckereien einkaufen, wenn sie Hunger haben, und das ist auf Dauer alles andere als günstig. Viele Obdachlose richten ihre Tagesstruktur an den Öffnungszeiten der Einrichtungen aus. Wenn diese sehr weit über das Stadtgebiet verteilt sind, sind die Leute lange unterwegs, nur um Alltagsangelegenheiten wie Duschen, Frühstück und Wäschewaschen zu erledigen. Das Problem ist also weniger, dass es keine Einrichtungen gibt, sondern vielmehr, dass ein absurder Verwaltungsaufwand betrieben wird, um obdachlose Menschen zu versorgen. Gleichzeitig werden die Chancen, aus der Obdachlosigkeit herauszukommen, immer geringer.

Dabei scheint es enorm vielversprechend, Betroffenen tagsüber Hilfsangebote zu unterbreiten und sie in Sachen Wohnungssuche, der Beantragung von staatlichen Transferleistungen und anderem zu beraten.

H. O.: Wohnungslosigkeit beendet man am besten durch die Vermittlung einer eigenen Wohnung. Dort, wo Housing First praktiziert wird, sind die Erfolge überwältigend. Nach fünf Jahren leben noch über 90 Prozent in den ihnen vermittelten Wohnungen.

Wäre Housing First für die Städte und Kommunen nicht sogar deutlich kostengünstiger als das Bereitstellen von Notschlafstellen und mobilen Hilfsangeboten?

H. O.: Ja. Housing First ist nicht nur menschenwürdig, sondern auch preiswerter. Im Laufe einer langen Wohnungslosigkeit können bis zu 300.000 Euro Kosten pro »Fall« für stationär betreutes Wohnen anfallen. Mit dem Ergebnis, dass danach oft wieder ein Leben auf der Straße folgt, weil es keine Wohnungen für diese Menschen gibt – auch, weil nur wenige Vermieter sie als Mieter akzeptieren. Wir werben für einen Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe: Wir brauchen dauerhafte Lösungen statt Armutsverwaltung.

Wissenschaftler ■ Jewgenij Fjodorow

Marxismus und Natur

Zerstörerisch oder rationell geregelt: Der sowjetische Wissenschaftler Jewgenij Fjodorow befasste sich 1972 mit dem Verhältnis von Gesellschaft und Umwelt

Jewgenij Konstantinowitsch Fjodorow (1910–1981) war ein sowjetischer Geophysiker. 1972 veröffentlichte er in Leningrad das Buch »Die Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft«, das 1974 in der DDR im VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften auf Deutsch erschien. Ein Auszug:

Die Autoren von »Limits to Growth – Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit« (englisch und deutsch 1972 von Donella und Dennis Meadows, Jørgen Randers, William W. Behrens III) bestehen auf der Notwendigkeit, ein bestimmtes, langfristiges Ziel zu haben, auf dessen Erreichung die Kräfte der Gesellschaft gerichtet werden müssen, und zwar der gesamten Gesellschaft auf der Erde. Ihrer Meinung nach ist dieses Ziel der Übergang von der unbeschränkten, nicht kontrollierbaren Entwicklung, die, wie die Geschichte zeigt, nach einem Exponentialgesetz verläuft, zu einem Zustand des »Weltgleichgewichts«: »(...) Würde sich die Menschheit ein solches Ziel stellen und ihm zustreben, wäre sie imstande, jetzt den allmählichen kontrollierten Übergang vom Wachstum zu einem globalen Gleichgewicht zu beginnen.«

Der Gleichgewichtszustand, so meinen sie, werde durch die konstante Bevölkerungszahl charakterisiert, d. h. durch den Ausgleich von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit, durch das konstante Niveau der Industrie und durch die Senkung aller »Einnahmen-« und »Ausgaben-«-Elemente der gesellschaftlichen Bilanz auf ein Minimum, also der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit, der Investitionen und des Ausscheidens von Anlagen und Ausrüstungen usw. (...)

So sieht das etwas idyllische Bild der Zukunft aus, das jedoch nicht mit der Feder eines Träumers und Utopisten gezeichnet wurde, sondern, wie uns die Autoren versichern, im Ergebnis einer Berechnung entstanden sei, die auf der unbestechlichen Logik elektronischer Rechenmaschinen be-



Marx sah die Notwendigkeit voraus, die Wechselwirkung des Menschen mit der Natur sorgfältig zu regeln: Brennender Regenwald im Amazonas (Porto Velho, Brasilien, 10. September)

ruhe. Sie weisen darauf hin, dass der durch die Beschränktheit der Erde erzwungene Zustand etwas Anziehendes besitzt. »Der Zustand des globalen Gleichgewichts«, sagen sie, indem sie eine der wichtigsten Schlussfolgerungen ihrer Arbeit formulieren, »kann so projiziert (!) sein, dass die wichtigsten materiellen Bedürfnisse eines jeden Menschen auf der Erde befriedigt werden und jeder Mensch die gleiche Möglichkeit hat, seine individuellen Fähigkeiten zu realisieren.«

Ich bin nicht sicher, ob den verehrten Wissenschaftlern bekannt ist, dass Karl Marx fast genau dieselben Worte benutzt hat, um kurz die kommunistische Gesellschaft zu charakterisieren: »In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern

selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!« (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 19, Seite 21)

Marx war nicht der Meinung, dass die Gesellschaft, nachdem sie den Kommunismus erreicht hat, in ihrer Entwicklung aufhört, sondern er sah die Notwendigkeit voraus, die Wechselwirkung des Menschen mit der Natur sorgfältig zu regeln.

Er wies darauf hin, dass der Fortschritt von Wissenschaft und Technik zu einer solchen Etappe in der Wechselwirkung der Menschheit mit der Natur führt, in der die Menschheit die Möglichkeit erhält, praktisch die gesamte Außenwelt in die Sphäre

der materiellen Produktion einzubeziehen und auf diesem Wege aktiv auf die Umwelt einzuwirken. Er begriff, dass das im Kapitalismus zu einem spontanen, nicht steuerbaren und deshalb gefährlichen Eingriff in die Natur führt und nur die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und den natürlichen Ressourcen in der Lage ist, die günstigsten Bedingungen für eine bewusste und effektive Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur zu schaffen. So schrieb er in seinem Hauptwerk, dem »Kapital«, dass »... der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gesellschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.« (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 23, Seite 828)

Jewgenij Konstantinowitsch Fjodorow: Die Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1974, Seiten 105–107

Der Schwarze Kanal ■ Von Arnold Schölzel

Die Kriegs-Antifa

Der in Jugoslawien geborene Schriftsteller Sasa Stanisic nutzte am Montag in Frankfurt am Main seine Dankesrede für die Verleihung des Deutschen Buchpreises zu einem Angriff auf Peter Handke. Der war wenige Tage zuvor als Träger des Nobelpreises für Literatur 2019 benannt worden. Stanisic erklärte, er finde es »komisch«, »dass man sich die Wirklichkeit, in der man behauptet, Gerechtigkeit für jemanden zu suchen, so zurechtlegt, dass dort nur noch Lüge besteht.« Zuvor hatte Stanisic in einer Twitter-Kaskade bereits tagelang seinem Unmut Luft gemacht. Die *Süddeutsche Zeitung* veröffentlichte am Mittwoch eine Blütenlese: Handke ist da »kitschiger Möchtegern« und habe sich »exklusiv an die Seite der Mörder und Milosevic-Freunde« gestellt.

Eiferndes äußerten in den vergangenen Tagen auch jene deutschsprachigen Medien, denen die Auflösung Jugoslawiens ab 1990 nicht schnell genug gehen konnte (siehe jW vom 16. Oktober, Seite 3). Sie

bejubelten seinerzeit unisono die Tatkraft des damaligen Kanzlers Helmut Kohl und seines Außenministers Hans-Dietrich Genscher bei der Zerstörung der sozialistischen Föderation. Kohl hatte in seiner ersten Regierungserklärung nach dem DDR-Anschluss am 30. Januar 1991 mit der Formulierung von »unserer Verantwortung in der Welt«, die »nach der Wiedervereinigung gewiss noch stärker als zuvor« erwartet werde, bekräftigt, dass die erweiterte Bundesrepublik in der neuen Kriegsära stets dabei sein wird. Die neue Epoche war da soeben mit dem Krieg gegen den »Wiedergänger Hitlers« (Hans Magnus Enzensberger), den Staatschef des Irak Saddam Hussein, eröffnet worden. Seitdem gilt: NATO- und EU-Staaten kämpfen stets als Antifaschisten, im Fall Jugoslawien gegen den »Hitler von Belgrad«, den jugoslawischen und serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis auch Handke von dieser aus dem Geist des DDR-Anschlusses geborenen Kon-

zern-Antifa in die Nähe des Führers gestellt wurde. Am Mittwoch zitierte Kulturkorrespondent Thomas Steinfeld auf *sueddeutsche.de* einige besonders herausragende Äußerungen. So habe der dänische Schriftsteller Carsten Jensen in der schwedischen Zeitung *Dagens Nyheter* Handke »zu einem gefährlichen Rechtsextremisten, der den Völkermord rechtfertigt«, erklärt. Ebenso ohne Textgrundlage habe der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, aus Handke einen »Apologeten des Völkermords« gemacht.

Steinfeld erwähnt nicht, dass die publizistische Zusammenfügung von Handke und Hitler längst vollzogen war. In der *Neuen Zürcher Zeitung* (Online) erklärte z. B. Feuilletonredakteur Andreas Breitenstein am Sonnabend unter der merkwürdigen Überschrift »Peter Handke ist der nächste Fettnapf«, der jetzige Nobelpreisträger habe sich spätestens 1996 »mit der niederträchtigen serbischen Expansionspolitik gemein ge-

macht«. Breitenstein fragt: »Würde man heute dem Hitler-Verehrer Knut Hamsun, als Schriftsteller ohne Zweifel ein Jahrhundertgenie, den Nobelpreis nochmals verleihen wollen?« Und: Sei »im jugendfrischen Stockholm Amnesie« ausgebrochen? In solcher Gleichsetzung schwingt mit: Weltkrieg, Vernichtung von Millionen Osteuropäern, darunter mehr als eine Million Jugoslawen und darunter wiederum mehr als 500.000 Serben, Völkermord an den Juden Europas – was unterscheidet das von den Kriegen der 90er Jahre in Südosteuropa? Zumal der Feldzug des Westens, ließe sich ergänzen, ja schließlich antifaschistisch motiviert war. Und einmal reicht nicht: Am Sonntag ließ die *NZZ* in ihrem Internetauftritt das vom serbischen Schriftsteller Bora Cosic mit einer erneuten Gleichsetzung von Hamsun und Handke bekräftigen. Es gilt: Wer im Westen Krieg will, muss von Hitler reden. Stanisic muss nur eine Kleinigkeit zulegen.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis auch Peter Handke von dieser aus dem Geist des DDR-Anschlusses geborenen Konzern-Antifa in die Nähe des Führers gestellt wurde.



Der Name H. Upmann steht für eine der beliebtesten kubanischen Zigarren: »H. Upmann Habana«. Die Fabrik in der Calle El Vedado trägt heute den Namen »José Martí«

Denkt man an Havanna, kommt vielen europäischen Touristen sofort eine Straßenszene in den Sinn: Spanische Kolonialarchitektur, auf der Straße rollt ein Cadillac von 1957, der Fahrer mit Zigarre in der Hand ruft einer schönen Frau ein Kompliment hinterher. Aber wer die Hauptstadt der sozialistischen Inselrepublik Kuba etwas besser kennt, weiß, dass zwischen Balkonen im Kolonial- und Prachtbauten im Jugendstil Juwelen der kubanischen Moderne überraschen können, die den ästhetischen Lehren des Bauhauses viel zu verdanken haben. Kenner wissen auch, dass ein 1960er Mercedes-Benz Ponton oder ein 1975er Motorrad der DDR-Marke MZ über die Straße fegen kann. Dass der Tabak, den der Cadillac-Fahrer raucht, vielleicht zur beliebtesten Marke der Insel gehört: H. Upmann. Dass die schöne Frau den Nachnamen Kessel oder Bosch tragen kann. Und dass dies ein Land mit einem tief von Marx inspirierten Sozialismus ist.

Der deutsche Einfluss ist zwar einer der weniger beachteten, doch wesentlichen Faktoren für die Gestaltung der heutigen kubanischen Identität. In der hauptsächlich spanisch und afrikanisch geprägten karibischen Hauptstadt mangelt es nicht an diesen Spuren in Kultur, Kunst, Wissenschaft und Technologie, Philosophie, Handel und in vielen anderen Bereichen. Hinterlassen von jenen Deutschen, die auf Kuba heimisch wurden oder die Insel während der Migrationswellen im 19. und 20. Jahrhundert auf der Durchreise passierten.

Bekanntestes Beispiel ist wahrscheinlich Alexander von Humboldt (1769–1859), der eine besonders enge Beziehung zu Kuba entwickelte. Das Werk des Naturforschers, das er auf der Insel und über diese geschaffen hat, lässt ihn als zweiten »Entdecker« gelten. Zudem verfasste er mit seiner 1826 veröffentlichten Studie »Politischer Essay über die Insel Kuba« eine fundamentale Kritik europäischer Kolonialwirtschaft, Sklaverei und

des Handels mit Sklaven. Die »Casa Humboldt«, in der er mehrere Monate lebte und seinen Studien nachging, ist heute für die Öffentlichkeit im historischen Zentrum Havannas zugänglich.

Auch in der kubanischen Industrie spielt die deutsche Komponente eine Rolle. So kann man zum Beispiel nicht über die Geschichte des Schnupftabaks auf der Insel sprechen, ohne die Brüder zu erwähnen, die die bekannte Zigarrenmarke gegründet haben, welche bis heute ihren Nachnamen trägt: H. Upmann. Heute sind viele der Gebäude wie Fabriken, Lagerhäuser oder Banken, die von den damaligen Unternehmern errichtet worden

„ Angesichts des Ersten, später dann des Zweiten Weltkriegs suchten nicht wenige Deutsche Zuflucht in Havanna – sei es als vorübergehende Heimat oder um sich dauerhaft niederzulassen.

waren, umfunktioniert worden. Andere erfüllen nach wie vor den Zweck, für den sie vor mehr als einem Jahrhundert konzipiert wurden.

Unter uns Kubanern gibt es Kreolen mit den Familiennamen Schmidt, Kessler oder Klaus, um nur einige zu nennen. Die deutsche Emigration nach Kuba verlief in verschiedenen Phasen: Die erste begann im 19. Jahrhundert mit der Ankunft von Kaufleuten, Bankiers und Industriellen, die mit der Tabak-, Zucker- und Kaffeeproduktion verdienten. Die zweite Phase begann Anfang des 20. Jahrhunderts, als angesichts des Ersten, später dann

des Zweiten Weltkriegs nicht wenige Deutsche Zuflucht in Havanna suchten – sei es, um Kuba auf ihrem Weg in die Vereinigten Staaten als vorübergehende Heimat anzunehmen, sei es, um sich dauerhaft niederzulassen. Die dritte Phase setzte mit dem Sieg der kubanischen Revolution ein und zeugte von der engen Beziehung zwischen Kuba und der Deutschen Demokratischen Republik.

Der deutsche Einfluss zeigt sich auch in anderen Bereichen vielfältig, Spuren sind überall in der Hauptstadt gegenwärtig. Beispielsweise in den Kurven des Solimar-Gebäudes, die auf den Architekten Erich Mendelsohn zurückgehen, oder an der Bauhaus-Fassade des

ehemaligen Sitzes der Zeitung *El País*. Das deutsche Kunst- und Literaturgenie Johann Wolfgang von Goethe ist mit seiner berühmtesten Figur im Namen des Faust-Theaters am Prado verewigt worden. Und unter dem Dach des größten und namhaftesten Theaters des Landes wird Karl Marx Tribut gezollt. Deutsche Einflüsse haben sich in der philosophischen, literarischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Produktion mehrerer Generationen kubanischer Intellektueller niedergeschlagen – und diese wurde dadurch nicht weniger kubanisch, sondern universeller.

Deuts Spure Havanna

Neben einer tiefen
Karl Marx sind in Ku
Einflüsse erhalten g
Rolando González Patricio,



Alexander von Humboldt ist an vie
hier im Garten der Universität



Auch Motorräder, die vor Jahrzehnt
finden sich heute auf den Straßen



Auf Kubas ältestem jüdischen Friedhof
Jahren vor den Nazis fliehen muss

Unblock Cuba!

Wirtschaftskrieg beenden!



Am 6./7. November 2019 verurteilt die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit die völkerrechtswidrige US-Blockade gegen Kuba.

Worten müssen Taten folgen –
Handels-, Wirtschafts- und
Finanzblockade aufheben!

Informiere Dich! Werde aktiv!



jungwelt.de/unblockcuba

che n in Hanna

Verbundenheit mit
Kuba zahlreiche kulturelle
geblieben. **Von Wanda Canals und
Havanna (Text und Fotos)**



Das Solimar-Gebäude, das 1944 errichtet wurde und mit seiner geschwungenen Form auf die Architektur von Erich Mendelsohn zurückgreift



...ellen Stellen Havannas allgegenwärtig:



Das Teatro Karl Marx: größtes und renommiertestes Theater auf Kuba



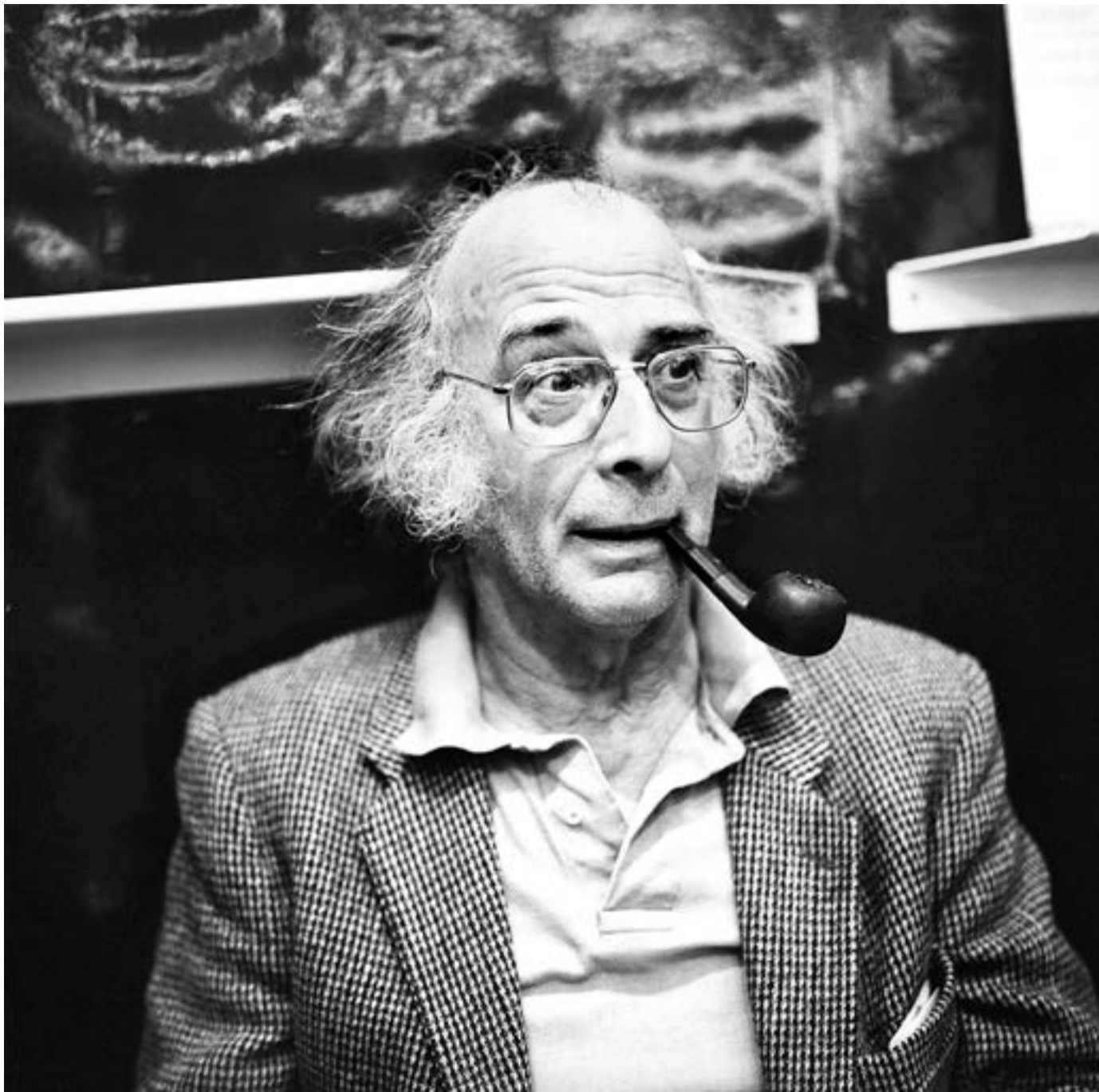
...ten das sächsische MZ-Werk in Zschopau verließen, Kubas



...dhof in Guanabacoa sind auch viele Deutsche begraben, die in den 1930er ten



Neben anderen altbekannten Marken noch immer fahrtüchtig unterwegs: ein 1960er Mercedes-Benz Ponton



»Er rechnete nicht ab, er rechnete vor« – Walter Boehlich im Oktober 1985

JULIEN BILD/BIRGITTE FRIEDRICH

Der Boehlich

oder Die unerschöpfliche Geduld im Erklären: Zur Besonderheit einer legendären Heftkolumne. **Von Stefan Gärtner**

O dass wir unsere Ururahnen wären.
Gottfried Benn

1

Der vorliegende Text ist das vom Autor gekürzte Nachwort des Bandes »Kein Grund zur Selbstreinigung. Die Titanic-Kolumnen« mit Texten Walter Boehlichs, der im Verbrecher-Verlag erscheint. Wir danken Autor und Verlag für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck. (JW)

Walter Boehlich (1921–2006) war Kritiker, Lektor, Übersetzer und Publizist. Er war ab 1957 Cheflektor des Suhrkamp-Verlages, den er nach dem gescheiterten »Lektorenaufruf« 1968 verließ. Im Jahr darauf gründete er mit Kollegen den »Verlag der Autoren«. Berühmt wurde sein »Autodafé«-Text im Kursbuch 15, in dem Boehlich den Tod der Literaturkritik ausrief. Von 1979 bis 2001 schrieb er für das Satiremagazin Titanic den Politessay.

Es mag überraschen, aber Nachrufe auf *Titanic*-Kollegen und -Kolleginnen sind gar nicht lustig; jedenfalls nicht in erster Linie oder allenfalls auf diese sentimentale, anekdotenhafte Weise, wie man sie von Beerdigungen kennt.

Der Nachruf auf Walter Boehlich, den Hans Zippert fürs Maiheft 2006 verfasst hat (und der natürlich an der Stelle zu stehen kam, die jahrzehntlang für den Boehlich-Essay reserviert gewesen war), ist dagegen saukomisch, ein satirisches Glanzstück, was sicher daran liegt, dass nach Auskunft des Genies und ehemaligen Blattchefs »von allen Mitarbeitern dieser Zeitschrift [...] Walter Boehlich die mit Abstand schillerndste, mysteriöseste und gleichzeitig ehrfurchtgebietendste Persönlichkeit« war. Witz ist ja nicht zuletzt ein Mittel, um Leerstellen zu füllen, und das mit dem »Faszinosum« (Jenninger, 1988), es stimmte halt: »Boehlich konnte und wollte über alles schreiben, nur nicht über ›Opern, Kinder und Afrika«. Er kannte den Kulturbetrieb wie kein anderer *Titanic*-Mitarbeiter, was allerdings nicht wirklich schwierig war. Seine bloße Anwesenheit bei Weihnachts- und Geburtstagsfeiern verhinderte, dass dort zuviel Blödsinn geredet wurde. Wer in seiner Nähe das Wort Adorno auch nur dachte, wurde in ein Gespräch verwickelt, dem er niemals gewachsen war. Vergnügt

zog Boehlich Rauch aus seiner Pfeife und genoss sichtlich das ehrerbietige Treiben um ihn herum. ›Herr Boehlich, erzählen Sie mal, wie war das mit Max Frisch?‹ ›Warum haben Sie den Steppenwolf umgeschrieben?‹ ›Ist Martin Walser wirklich so eine blöde Nuss?‹ Und Boehlich ließ sich nicht lumpen und erzählte, wie er Max Frisch auf Grund einer Wette gezwungen hatte, den Namen ›Gantenbein‹ in einem Romantitel zu verwenden, und wie er Martin Walser mit zwei blutjungen Buchhändlerinnen ..., aber da mussten wir leider eine neue Flasche Wein für ihn holen gehen und haben den Rest nicht mitgekriegt.«

Boehlichs Welt – und seine Aufgabe im Heft – war der Blödsinn gerade nicht, jedenfalls nicht der selbstgemachte; seine Texte, erkennt der (widerum parodistische, die aus der Redaktion stammenden Geleitzeilen aufnehmende) Vorspann zum Nachruf, waren »überhaupt nicht lustig. Aber genau das war der Witz«. Walter Boehlich, geboren 1921 in Breslau als Sohn des Schriftstellers Ernst Boehlich und seiner Frau Edith, deren Eltern vom Judentum zum Protestantismus konvertiert waren, war (trotz fehlendem Studienabschluss) ein akademischer Profiphilologe, Assistent beim legendären Romanisten Ernst Robert Curtius; seine Stelle als Cheflektor bei Suhrkamp soll er seiner Rezension der Übersetzung von Prousts »Recherche« durch Eva Rachel-Mertens verdankt haben, einer Kritik, die so gründlich und kenntnisreich, darum freilich auch deutlich (wenn auch keineswegs vernichtend) war, dass Peter

Suhrkamp Boehlich eingestellt haben soll, um ihn künftig nicht mehr gegen sich zu haben. Und wer immer sich für leidlich gebildet halten mag, der lese im verdienstvollen Sammelband »Die Antwort ist das Unglück der Frage« (S. Fischer, 2011) die Übersetzungskritik von Alejo Carpentiers Roman »El recurso del método« (dt. »Staatsraison«, 1976): Da packt man ein bzw. erst gar nicht aus. Und kann, mit Zippert, allenfalls wieder eine Leerstelle füllen: »Er beherrschte die vierzig gängigsten Sprachen der Welt, übersetzte spielend aus dem Spanischen, Französischen und Dänischen. Es kursierten Gerüchte, nach denen Walter Boehlich die gesamte zeitgenössische dänische Literatur im Alleingang geschrieben und synchron ins Dänische übersetzt hatte.«

Beim Heft war Walter Boehlich ab der ersten Ausgabe vom November 1979 für die politische Basis- und Generalanalyse zuständig – Suhrkamp hatte er 1968 im Streit um ein Mitbestimmungsstatut für Lektoren verlassen –, und die Fama will es, die Heftgründer hätten dem Höchstgebildeten nahegelegt, bitte nicht ganz so schwer zu schreiben, das Heft läsen nämlich gerade auch jüngere Leute. Falls die Anekdote stimmt, war die Bitte überflüssig, denn wie sich im Fischer-Band nachlesen lässt, war Boehlichs Diktion auch außerhalb seiner *Titanic*-Kolumne eine klare, zugängliche, der kritischen Sache umweglos verpflichtete, und sein Stil, so »unverschommen«, wie er ihn einst an Max Rychner gelobt hatte, ließ das Schlechte, Falsche, Böse so augenfällig werden wie im (und als ihr) Gegen-

teil das Richtige und Gute. Und was so klingen mag, als sei es für junge Leute vereinfacht, das ist so einfach wie im Juni 1980 die sog. deutsche Frage: »Es könnte so einfach sein, wenn man sich darauf beschränkte, den Schülern beizubringen, was ihrer, unserer Wirklichkeit entspricht: die Bundesrepublik in ihren Staatsgrenzen, östlich davon die Deutsche Demokratische Republik in ihren Staatsgrenzen und östlich von ihr Polen in seinen Staatsgrenzen.« Die DDR war ja damals »von unseren Brüdern und Schwestern bewohnt [...] – woraus wir schließen müssen, dass unsere Nachbarn im Norden, Westen und Süden keineswegs unsere Brüder und Schwestern sind« (August 1984), noch so eine monströse, dabei regelmäßig übersehene Banalität. Und es ging zum Thema noch einfacher, noch monströser (September 1989): »Unsere Schüler haben andere Vorstellungen, als sie haben sollen, mehr als die Hälfte von ihnen hält die DDR für Ausland. Ob der verbleibende Rest die DDR für Inland hält, wird nicht gesagt, und es wird auch nicht gesagt, was sie ist, wenn sie Ausland nicht sein darf und Inland nicht sein will. Ein ziemlich deutsches Problem, eins mehr. Wir hatten schon einmal ein ähnliches, ebenso fiktives. Das war die ›jüdische Frage‹, die es auch nicht gab, die wir aber trotzdem auf unsere Weise gelöst haben. Da gibt es nichts mehr zu tun, und wohl deswegen machen wir uns an die Lösung der deutschen Frage, die uns ein wenig schwerer gemacht werden wird.« Das ist viel weniger polemisch als die reine Wahrheit, und was daran frivol ist, ist nicht die Sache des Autors. Walter Boehlich konnte polemisch werden, kein Zweifel, aber er war wesentlich kein Polemiker. Er rechnete nicht ab, er rechnete vor. Jeder Satiriker ist Kritiker, aber nicht jede Kritik muss eine satirische sein, und als Satiriker hätte sich Boehlich sowenig gesehen wie als Künstler. »Schöpfung und Kritik stehen in einem funktionellen Zusammenhang«, schreibt er 1950. Er ist die Kritik.

Titanic hingegen hat sich stets als mindestens teilkünstlerische Unternehmung verstanden: »*Titanic* war eine Zeitschriftengründung nicht von Presseleuten, nicht von Journalisten, sondern von Künstlern, von Zeichnern, von Cartoonisten, von Dichtern, von Literaten«, diktierte (falls Wikipedia sich recht erinnert) Oliver Maria Schmitt, Chefredakteur des Heftes von 1995 bis 2000, der Kulturfernseh-sendung »Titel, Thesen, Temperamente«. »Daher ist immer auch in der dunkelsten Satire noch etwas Künstlerisches, noch etwas über den Tag hinaus Lebendes.« Walter Boehlich und *Titanic* begegneten sich da, wo Kritik als Kunst vorgetragen wird; was blieb, war der Abstand zwischen spielerisch-assoziativer Intellektualität auf der einen und strenger, analytischer auf der anderen Seite, zwischen Allotria und Evidenz, zwischen Faxen und – wenn die Platttheit aus illustrativen Gründen erlaubt ist – Fakten. »Wenn er etwas nicht wußte«, schreibt Klaus Reichert in seinem kleinen, den Fischer-Band eröffnenden Porträt, »ruhte er nicht, bis er es wußte; wenn komische Künstler oder Satirikerinnen etwas nicht wissen, dann folgt die Volte.«

2

Überliefert ist der Satz Boehlichs, man müsse »immer nein sagen«, und der Heftkolumnist Boehlich hat immer nein gesagt: zu alten Nazis in neuen Ämtern, zu verdrängter Schuld und politischer Großmannssucht, zum Nationalgedanken und zur Naturvernichtung, zu Ausländerhass, Rechtschreibreform, Kohls Moralwende und Walsers Moralkeule. Ein Fundamentalloppositioneller war er deshalb nicht, eher ein, wie Peter Rühmkorf das in eigener Sache nannte, Meliorist (und auch das ein Grund, in Boehlich keinen Polemiker zu sehen, schon gar keinen, wie Reichert

es so formlos tut, »aus Leidenschaft«: Sein Nein war keins der Kunst, noch eins der Revolution, sondern eins, das die Möglichkeit konkreter Verbesserung im Auge behielt, und bestehe diese Verbesserung auch nur darin, das nutzlos-teure Amt des Bundespräsidenten abzuschaffen. Die Aufsätze Boehlichs, dessen »unerschöpfliche Geduld im Erklären« Reichert als »Hoffnung auf Vernunft« kennzeichnet, waren keine Polemiken, sondern Propädeutika, waren nicht radikale, sondern republikanische Kritik (falls nicht radikal republikanische) – sein Pronomen der Wahl war das gern auch ironische »Wir« –, waren nicht Kraus, sondern Tucholsky, Teile eines politischen Katechismus, den man jedem Schulabgänger und jeder Abiturientin noch heute in die Hand drücken müsste: »Beides gleichzeitig, Deutscher und Moslem, das geht halt nicht, wie jedermann einsehen wird. [...] Zwar weiß niemand so genau, was das sein soll: Deutscher sein, aber etwas sehr Hehres ist es allemal, und da es das ist, kann es nicht allen zustehen.« (September 1988) Oder: »Das Nationalgefühl, das wieder einmal die Gedankenlosen eint, gehört sowenig zur Natur des Menschen wie die Staaten, in denen er sich organisiert oder zwangsweise organisiert wird. [...] Die Nationalstaaten sind eine Pest gewesen, die zerstört haben, was sich irgend zerstören ließ.« (März 1990) Oder: »Die Richtlinien der Politik werden längst nicht mehr von der Regierung bestimmt, sondern von der Wirtschaft, die niemandem verantwortlich ist, sondern nur darauf achtet, wie sie am besten auf dem Weltmarkt besteht. Sie modernisiert und sie rationalisiert, sie verlagert ihre Kapazitäten in Billiglohnländer, und sie setzt, wie es heißt, Arbeitskräfte frei, will sagen, sie schafft Arbeitslose, für die sie nicht aufkommt, sondern andere, die sich, bitte, den Gürtel enger schnallen sollen.« (Januar 1996) Und: »Was jetzt Leitkultur heißt, hieß vor sechzig Jahren noch germanische Wertwelt [...] Vielleicht ist das Glück am Ende und am Anfang doch etwas Wertvolleres als eine deutsche Leitkultur.« (Dezember 2000)

Nach dem geläufigen Wort Tucholskys ist der Satiriker ein gekränkter Idealist, und es ist dies eine im doppelten Verstand notwendige Kränkung: Einmal, weil die Welt nun einmal schlecht ist, zweitens, weil ohne diese Kränkung niemand Satiriker werden muss. Dem Kritiker Boehlich, obzwar auch er die Welt »besser haben« (Tucholsky) will, ist diese Kränkung fremd. 1954 hat er im Aufsatz »Die fehlende Generation« (nachgedruckt im »Antwort«-Band) einen jungen Philologen beifällig mit dem Satz zitiert: »nella scienza è impossibile evitare il positivismo«, unmöglich, in der Wissenschaft den Positivismus zu vermeiden. Boehlich, laut seines Kurzbiographen Reichert, »liebte Plessner (nicht Adorno)«, und das Grandhotel Abgrund, es war nicht sein Logis, denn das, was ist, ist nicht zuerst

lächerlich oder fatal, sondern das, »was unserer Wirklichkeit entspricht«, wie un schön sie immer sein mag. Als es im Dezember 1984 um Helmut Kohl, Flick und Brauchitsch ging, kannte Boehlich natürlich auch seinen Machiavelli: »Moral hat mit dem Regieren nicht das mindeste zu tun, und also sollte man aufhören, von Moral zu sprechen; sie ist kein Helfer in solcher Lage. [...] Da Kohl gewählt worden ist, um sich zu behaupten, nicht aber, um sich ruinieren zu lassen, darf niemand ihm Vorwürfe machen. [...] Wir wissen, dass der Mensch gar nicht gut ist und dass die Politiker auch nur Menschen sind. Da wir sie brauchen, weil uns ja jemand regieren muss, müssen wir auch ein Nachsehen mit ihnen haben, sofern sie so sind wie wir alle – oder doch hinreichend viele von uns.«

Wer möchte, kann das freilich ironisch lesen; man kann es aber auch sehr gut bleiben lassen; oder sich dafür entscheiden, dass der Text beide Lesarten anbietet, weil sie das Dilemma aufspannen zwischen Positivismus und Moral. Im Heft war Helmut Kohl längst »Birne«; bei Eckhard Henscheid wurde er, in seiner singular kunstvollen Kohl-Biographie von 1985, zur universalpoetischen Chiffre KOHL; bei Walter Boehlich war Kohl ein Politiker, der tat, was Politiker nun einmal tun: an der Macht bleiben wollen.

Wie vom Weltgeist eingerichtet dann, dass Walter Boehlichs letzte Heftkolumne vom Januar 2001 eben Kohl gewidmet war und dass, nachdem dieser ein »Tagebuch« zur Spendenaffäre vorgelegt hatte, Kohl auch bei Boehlich fast zu jener Witz- oder jedenfalls Kunstfigur wurde, die dem Heft in seiner ganzen bisherigen Geschichte so treu gedient hatte. Aber eben nur beinahe: »Statt endlich die Herkunft seiner »Spendengelder« zu klären, widmet er sich der Selbstverteidigung auf so unerträgliche Art, dass er in aller Öffentlichkeit sein eigenes Glanzbild demoliert. Nicht die böse Presse, nicht das undankbare Volk reduzieren ihn auf null, sondern er selbst besorgt das auf eine gnadenlos plumpe Art.« Nicht auf seine gnadenlose Art, sondern auf eine; und nicht auf die Null, die er evtl. ist, wird er reduziert, sondern schlicht auf null: ein politischer Fehler und seine (mathematische) Konsequenz, nicht ein Witz, der zu sich selbst kommt. Das ist wiederum und abschließend Phänomenologie, und zwar, soweit sich das trennen lässt, politische, nicht ästhetische: »Von Verrätern sei er umgeben gewesen, die nun alle versuchten, ihr Schäflein ins Trockene zu bringen. [...] Und die Wahl Niederlage vor zwei Jahren? Die sei allein der Tatsache zu verdanken, dass es seiner Partei nicht gelungen sei, ihre Reformpläne populär zu machen. Nur, womit hat die SPD ihre Wahl gewonnen? Mit der Propagierung von Reformplänen, an denen es die CDU während der gesamten Kohl-Herrschaft hatte fehlen lassen.«

Im Februarheft dann die redaktionelle Mitteilung, Walter Boehlich gehe es nicht gut; im Märzheft, als klar war, dass es ihm nie wieder gut genug gehen würde, um seine Kolumne fortzusetzen, sprang dann schon Henscheid ein, mit einer Philippika wider den »gar zu unglaublich vom Glück übersäten Dummbauern« Joschka Fischer (Titel: »Was ein dummes Leben«), die, bei allem Hohn, schon wieder die Faszination angesichts des in Totalität waltenden Blödsinns, des Schopenhauerschen »Schauspiels« erkennen ließ und mit der konsequenten Verballhornung »Jockel« ihre Kunstfigur halb erledigte und halb erschuf.

3

»Es muss wohl etwas Schönes sein um die Kunst«, klagt, in der Vorrede zu seinen Gesammelten Schriften, Ludwig Börne, der als Kritiker, heißt es, nie den Anspruch erhob, Schriftsteller zu sein. »Aber sie sind so gerecht, die Kunstkenner, dass mich oft schaudert. Nicht was die Kunst darstelle, es kümmert sie nur, wie sie es darstelle. Ein Frosch, eine Gurke, eine Hammelskeule, ein Wilhelm Meister, ein Christus – das gilt ihnen alle gleich; ja sie verzeihen einer Mutter Gottes ihre Heiligkeit, wenn sie nur gut gemalt. So bin ich nicht, so war ich nie.« Und so war Boehlich eben auch nicht; »Sprache und Herrschaft« (so der Titel seiner Rezension des neuen Duden-Wörterbuchs 1976 im *Spiegel*) begriff er als dialektisches Duo. Seine Sonderrolle war es, dem Endgültigen Satiremagazin einen festen Boden, eine »seriöse Säule« (Ulrike Bauerthel) einzuziehen, und wenn ich auch nicht Walter Boehlichs Nachfolger bin, sondern der, der an seiner Stelle schreiben darf, dann fiel einem Beobachter gelegentlich trotzdem ein, der Text, der früher »der Boehlich« war und im Redaktionsjargon nun schlicht »der Essay« genannt wird, sei so etwas wie der Kompass des Heftes, und ich gäbe gewissermaßen die Marschrichtung vor. Das klingt gut, ist aber Quatsch, wie auch »der Boehlich« dem Heft nicht Politik diktierte. Die hatte (und hat) es von allein, es ist die Natur seiner Sache, politisch zu sein. Eher steil die Auffassung Klaus Cäsar Zehrsers, der in seiner Dissertation über Robert Gernhardt und die Neue Frankfurter Schule den späten Boehlich, diesen »letzten Mohikaner der linken Publizistik« (schon das verkehrt), für einen »Fremdkörper in einem Heft« hielt, »das ansonsten nur noch wenig für die politische Bewusstseinsbildung seiner Leserschaft tut«: Ästhetik ist Politik, Satire ist es sowieso, selbst Nonsens ist es.

Auch der Nicht-Satiriker Boehlich brachte die Dinge zur Kenntlichkeit, die tatsächlich so aussahen wie von der Redaktion entstellt, und wenn hier zwischen den Künstlern und dem Nicht-Künstler unterschieden worden ist, dann um eine Differenz in der Haltung zu markieren,

nicht um den Stilisten Boehlich zu unterschlagen, der die Trockenheit so unvergleichlich in den Sarkasmus zu treiben verstand: »Man hatte Schuld auf sich geladen, eine ungeheure und den wenigsten bewusste Schuld, aber die Strafe sollte sich doch lieber in Grenzen halten, am liebsten in den Grenzen von 1937, woraus allerdings nichts wurde.« (April 1993)

Komik, sagten wir eingangs, füllt Leerstellen, und vielleicht ist der ernste Text im Heft eine Leerstelle, die der Ernst gegen die Komik verteidigt. Komik, brachte in jüngerer Zeit die australische Comedienne Hannah Gadsby zur Sprache, reicht nicht überall hin, und das, was schmerzt, wird im Witz nicht immer gut: eine Binse womöglich, von Profis aber leicht vergessen. Als ich 1999 *Titanic*-Redakteur wurde, war alles Komik: Im Fernsehen lief Harald Schmidt, zum Frühstück lasen wir *Bild*, die wir nicht für Dreck, sondern für Pop hielten, und dass wiederum Henscheid in summa recht hatte: »All dies bedeutet nämlich: nichts, nichts, absolut nichts mehr«, war sowieso klar. Es ist natürlich Zufall, aber ein höherer, dass Boehlichs Kolumne, nichts weniger als postmodern, zu dieser Zeit endete, und vielleicht ein weiterer, dass der, der sie, weil alles Komik war, nicht recht beachtete, sie heute fortführt.

Dass der Heftaufsatz trotz Vorbildern, die eher Kraus, Adorno, Gremliza und Henscheid heißen, ein wenig auch Boehlichs Erbe pflegt, dass ich hin und wieder Sätze lese, die sogar gut und schlicht nach Boehlich klingen: Es ist der genius loci, einerseits; es sind aber auch die Zeitläufte, die das klare Wort zu einem ähnlich großen Bedürfnis werden lassen wie den Witz. Jenes klare Wort, das Walter Boehlich so unnachahmlich, genau: gesprochen hat. »Seine Stelle hat niemand eingenommen« (Reichert). Das ist bis heute so.

Stefan Gärtner, Jahrgang 1973, lebt in Hannover. Er war von 1999 bis 2009 Redakteur bei *Titanic*, für die er weiterhin den monatlichen Politessay sowie die wöchentliche Onlinekolumne »Gärtners kritisches Sonntagsfrühstück« verfasst. Für die Wochenzeitung *WOZ* aus Zürich kommentiert er in der Kolumne »Von oben herab« das Geschehen in der Schweiz.

An dieser Stelle erschien zuletzt in der Ausgabe vom 28./29. April 2018 sein Rezensionssay »Übers Gras zum Kommunismus« über Andrej Platonow.

Walter Boehlich: Kein Grund zur Selbstreiniung. Die *Titanic*-Kolumnen. Herausgegeben von Christoph Kapp und Helen Thein. Mit einem Nachwort von Stefan Gärtner. Verbrecher-Verlag, Berlin 2019, 300 Seiten, 20 Euro

ANZEIGE

32 JAHRE VERLAG DONATA KINZELBACH

MAÏSSA BEY: AUSGEBLENDET

aus dem Französischen von Christine Belakhdar
ISBN 978-3-942490-06-1 * 108 S. * Euro 16,00

AMIN KHAN (HRG): IM AUFBRUCH (MIT FOTOS)

aus dem Französ./Arab./Engl. von T. Aschenbach, N. Becker, M. Khoudir
ISBN 978-3-927069-41-2 * 200 S. * Euro 22,00

AZIZ CHOUAKI: STERN VON ALGIER

aus dem Französischen von Barbara Ganther
ISBN 978-3-927069-92-3 * 195 S. * Euro 18,00

FATIMA BELHADJ: LEBEN IN DER BANLIEUE (ILLUSTRIERT)

ISBN 978-3-942490-43-6 * 108 S. * Euro 18,00

NADIA SEBKHI: JASMIN

aus dem Französischen von Marianne R. Hoffmann & Anna Huber
ISBN 978-3-942490-28-3 * 160 S. * Euro 18,00

MAROKKANISCHE SPRICHWÖRTER MIT KALLIGRAFIEN

Arabisch-deutsch
ISBN 978-3-942490-05-4 * 124 S. * Euro 24,00

ANIS HAMADEH: ISLAM VERSTEHEN

ISBN 978-3-942490-11-5 * 236 S. * Euro 20,00

VERLAG DONATA KINZELBACH

STOLZE-SCHREY-STR. 3 * 55124 MAINZ
www.kinzelbach-verlag.de

FRANKFURTER BUCHMESSE: HALLE 3.1, G 11

UNSERE BESTEN ...

Uwe ■ Von Rattelschneck

